



Birand Bingül

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland

Daten. Fakten. Hintergründe. 06.11.2000

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland

In einem Park in Dessau treten drei junge Männer – 16, 17 und 24 – mit ihren Springerstiefeln einen Mosambikaner tot. Er kam von einem Grillfest. Er wohnte auf der anderen Seite des Parks. In Bielefeld schlägt ein 31jähriger Skinhead ein 13jähriges afrikanisches Kind am helllichten Tage auf einem Bahnsteig. In Eisenach hetzen 30 junge Neonazis zwei Asylbewerber durch die Stadt. In Hamburg sticht ein 16jähriger einen türkischen Mann nieder. In Brandenburg verprügelt eine Neonazi-Bande einen jungen Halbiraker und erniedrigt ihn. Auf Usedom treten drei junge Neonazis – 15, 16 und 19 - einen Obdachlosen in einem Abrißhaus zu Tode. – Szenen aus Deutschland im Jahr 2000.

Sie sind nur die Spitze des Eisbergs. Tagtäglich melden die Polizeistellen fremdenfeindliche Übergriffe gegen Ausländer, Asylbewerber, Einwanderer, Obdachlose, Behinderte. Das Thema „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ hat die öffentliche Diskussion in Politik und Medien im Sommer 2000 bestimmt. Ende August hat die Polizei im Osten Ausländern empfohlen, nicht alleine S-Bahn zu fahren, nachts zu Hause zu bleiben, die Zugstrecke Leipzig-Berlin nicht zu benutzen. Sie könne nicht für die Sicherheit garantieren. Im Herbst nun hat die Regierung einen Verbotsantrag gegen die rechtsextremistische NPD in den Mittelpunkt gerückt.

Für das WDR Funkhaus Europa ist „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ aber nicht nur ein Thema im Sommerloch, sondern ein Dauerbrenner. Damit sich interessierte Hörer, Internet-User und nicht zuletzt Journalisten umfassend über das Thema informieren können, hat das WDR Funkhaus Europa alle wichtigen Daten, Fakten und Hintergründe zusammengetragen. Wie sieht die rechtsextreme Szene aus? Warum sind die Neonazis attraktiv für Jugendliche? Was kann der Staat und jeder Einzelne tun? Eine ausführliche Linkliste ergänzt unser Angebot. Das Dossier soll in regelmäßigen Abständen auf den neuesten Stand gebracht werden.

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland - ein Dossier von Birand Bingül.

Vom Rechtsextremismus zum Rechtsterrorismus?

Es waren Politiker aller Couleur, allen voran Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD), die das Thema „Rechtsextremismus und Fremdenhaß in Deutschland“ im Sommer 2000 beförderten.

„Immer mehr“ rechtsextreme Straftaten seien zu verzeichnen – das Bundeskriminalamt warnte vor einer neuen Welle rechtsextremer und ausländerfeindlicher Gewalt. Der Verfassungsschutzpräsident, Heinz Fromm, meinte sogar, Ansätze für einen „Rechtsterrorismus“ ausgemacht zu haben, einem organisierten Vorgehen der Rechtsaußen-Kräfte gegen die deutsche Demokratie.

Immer mehr rechtsextreme Straftaten, ein sich anbahnender Rechtsterrorismus – im Klartext heißt das: Der Rechtsextremismus nimmt quantitativ, in der Masse, und qualitativ, in der Schwere der Delikte, zu. – Diese beiden Grundannahmen passten bestens in die sich überschlagende Diskussion. Nur: Was ist dran?

Rechte Gewalt in Deutschland - Exkurs in den Datenschun- gel

Nun sind Statistiken stets mit größter Vorsicht zu genießen, gerade solche, die Kriminalität betreffen. Denn die Zahlen täuschen eine Objektivität vor, die sie schlichtweg nicht haben. Nicht haben können, weil sie entscheidend von zwei schwankenden Faktoren abhängen: dem Fahndungsdruck der Ermittlungsbehörden und dem Anzeigeverhalten der Bürger.

Wieviel Gewicht legt die Polizei darauf, z.B. rechtsextremen Straftaten nachzugehen? Seit dem Sommer 2000, im Zuge der Forderungen aus der Politik, wohl viel. (Daraus dürften hohe Zahlen in der Statistik 2000 folgen, die wir dann Mitte 2001 präsentiert bekommen.)

Wie groß ist die Bereitschaft der Leute, z.B. den Sohn ihres Nachbarn anzuzeigen, weil der vielleicht ständig den verbotenen Hitler-Gruß zeigt?

Aber läßt man sich trotz dieser Unwägbarkeiten auf die Zahlenspiele im Datendickicht ein, so ist das Ergebnis ernüchternd:

Nach der Wiedervereinigung kam es 1992/93 zu den meisten rechtsextremen Ausschreitungen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die Zahlen für rechtsextreme Gewalttaten seit 1988 (Grafik Nr. 1) veröffentlicht. Die Gewalttaten - wie z.B. Brand- und Sprengstoffanschläge, Körperverletzungs- und Tötungsdelikte - bilden genau wie fremdenfeindliche Delikte einen Teil der rechtsextremen Straftaten, zu denen u.a. auch rechtsextreme Propaganda oder Volksverhetzung zählt.

Von 1994 bis 1999 pendelt die Zahl rechtsextremer Gewalttaten grob gesagt zwischen 600 und 800 registrierten Fällen. In der Masse läßt sich hier kein alarmierender Anstieg festmachen.

Vielmehr läßt sich lediglich sagen, daß sich die Zahl rechtsextremer Gewalttaten auf erschreckend hohem Niveau stabilisiert hat. In der Tendenz gilt dasselbe für Nordrhein-Westfalen. (Grafik 2)

Die Behauptung, immer mehr rechtsextreme Straftaten würden begangen, läßt sich anhand der Zahlen des Verfassungsschutzes nicht belegen. Dennoch haben viele Politiker genau das behauptet. Alles nur kleine Argumentationshilfen?

Nicht unbedingt. Womöglich berufen sich diese Politiker aber nicht auf die Werte des Verfassungsschutzes, sondern auf die Halbjahreszahlen des Bundesinnenministeriums für 2000. Und die sehen so aus: 5223 rechtsextreme Straftaten wurden von Januar bis Juni gezählt, im ersten Halbjahr 1999 waren es noch 4689 - ein Plus von 11 Prozent. Eine Aufschlüsselung nach Ländern und Art der Straftaten liege nicht vor, hieß es beim Innenministerium gegenüber dem WDR Funkhaus Europa. Plus 11 Prozent rechtsextreme, fremdenfeindliche Gewalt - das scheint ja auch für sich zu sprechen. Aber die Daten für den Bund liefern die Innenministerien der Länder. Und gerade die Innenminister der neuen Bundesländer in Potsdam, Schwerin und Dresden zählten bei rechtsextremen Gewalttaten einen Rückgang im ersten Halbjahr. Und mit diesen Zahlen gewappnet fragten sich die Minister im Sommer laut, warum denn nun gerade Ostdeutschland besonders fremdenfeindlich sein soll. Tja, und am Ende des Daten-Dschungels haben dann alle Recht. Und keiner. Den Opfern rechter Gewalt nutzen diese Zahlenspiele wenig.

Droht die "Braune Armee Fraktion"?

In Anlehnung an den Linksterrorismus der "Roten Armee Fraktion" in den 70ern warnen Verfassungsschützer vor einer "Braunen Armee Fraktion". Der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, warnt vor "Ansätzen" eines Rechtsterrorismus. Allerdings gibt es beim Verfassungsschutz offenbar keine eindeutige Meinung hierzu: Auf Anfrage des WDR Funkhaus Europa hieß es dort nämlich, die rechte Gewalt sei "spontan" und "situativ". Nach terroristischen Strukturen hört sich das nicht gerade an. Was Rechtsterrorismus angeht, so hieß es, würden "manche Politiker Quatsch erzählen".

Damit könnte nicht zuletzt Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin gemeint, die einen "braunen Terrorismus" in Deutschland ausgemacht haben will. Damit könnte wohl auch Bundesumweltminister Jürgen Trittin gemeint, der von einem organisierten rechten Netzwerk in Deutschland sprach. - Wieder gibt es verschiedene Positionen, was die Qualität der rechten Gewalt angeht. Wieder stellt sich die Frage: Was ist dran?

Für einen "braunen Terrorismus" sprechen folgende Indizien:

* Das Bundeskriminalamt (BKA) berichtet, daß im Internet Rechtsextreme auf "schwarzen Listen" zu Morden an "feindlichen" Politikern, Gewerkschaftern und Intellektuellen aufrufen. Auch in rechtsextremistischen Zeitschriften erfolgten solche Aufrufe, sagt BKA-Präsident Ulrich Kersten.

* Die rechte gewaltbereite Szene, hauptsächlich bestehend aus Neonazis und Skinheads, zeigte in den vergangenen Jahren eine zunehmende Gewaltbereitschaft. Inzwischen geht sie über Prügeleien und Messerstechereien deutlich hinaus. 1999 stellten Strafverfolgungsbehörden 300 Waffen bei Rechtsextremen sicher. Seit 1998 fanden Polizei und Staatsanwaltschaft bei Razzien in der rechtsextremen Szene u.a. Sprengstoff, Granaten, Tretminen, Rohrbomben und Handfeuerwaffen, vor allem im Westen Deutschlands. Im März 1999 wurde ein Sprengstoffanschlag auf die Aus-

stellung zu Verbrechen der Wehrmacht verübt, die unter Neonazis verhaßt ist. Nach Angaben des BKA arbeiten einzelne rechte Gruppierungen in Niedersachsen, Sachsen, Thüringen, und Berlin mit Sprengstoff. Auf einschlägigen Internet-Seiten von Rechtsextremen finden sich Anleitungen zum Bau und Einsatz von Bomben aller Art.

* Der Generalbundesanwalt, Kay Nehm, hat einzelne Fälle gegen Rechtsextremisten an sich gezogen wie z.B. den Mordfall am Mosambikaner Alberto Adriano. Der Vater dreier Kinder wurde auf dem Heimweg Mitte Juni 2000 in Dessau brutal verprügelt. Drei Tage lag er im Koma, bevor er an den schweren Verletzungen starb. Die Täter: ein 16jähriger, ein 17jähriger und ein 24jähriger, alle drei der Polizei bekannt als Neonazis, die "Heil, Hitler!" gröhlen und SS-Runen in den Haaren tragen. Die drei haben die Tat gestanden. Der oberste Ankläger darf aber nur dann Fälle an sich ziehen, wenn der Staat in seinen Grundfesten, in diesem Fall die innere Sicherheit des Landes, bedroht ist. Nehm begründete sein Eingreifen damit, daß Ausländer aufgrund solch brutaler Überfälle zunehmend Angst bekämen, in Deutschland zu leben. Nehm leitete daraus eine Gefahr für die innere Sicherheit Deutschlands ab. Unter Juristen ist nach wie vor umstritten, ob er tatsächlich zuständig ist. Einerseits fragt sich, wie zwei Jugendliche und ein 24jähriger die innere Sicherheit gefährden sollen.

Andererseits hat das Eingreifen Nehms symbolischen und präventiven Charakter: Besser etwas zu früh eingreifen als zu spät, so scheint die Devise der Generalbundesanwaltschaft zu lauten.

Gegen Ansätze eines Rechtsterrorismus deuten folgende Fakten:

* Die gewaltbereite rechtsextremen Szene in Deutschland hat keine zentrale Kommandostruktur, die die Aktionen der Schlägertrupps koordiniert. Zur Gewalt kommt es häufig unter Alkoholeinfluß, wie aus Polizeiberichten hervorgeht.

* Manfred Klink vom BKA sagte in einem Interview mit Focus: "In der Szene fehlen derzeit organisierte Strukturen und Führungspersonen, so daß Vergleichbares zur RAF - auch im Ansatz - nicht zu erkennen ist."

* BKA-Chef Kersten geht ferner davon aus, daß es den ca. 9000 gewaltbereiten Rechtsextremen an einem einheitlichen Konzept fehlt, um über Terrorakte politische Ziele zu erreichen.

Fazit:

Gerade in Ostdeutschland werden Ausländer, aber auch schlichtweg Andere - Obdachlose, Linke, Behinderte, Homosexuelle - terrorisiert. Wirklich organisierte Strukturen gibt es nicht - oder vor-sichtiger gesagt: Sie sind zumindest nicht bekannt. Rechte Mordaufrufe und Sprengstofflager machen aber deutlich, daß ein terroristisches Potenzial, daß sich gegen die gesamte Gesellschaft richten kann, vorhanden ist. Jetzt vor diesem noch begrenzten Potenzial zu warnen und dagegen vorzugehen, macht Sinn. Sonst gebe der Staat den Rechten Gelegenheit, sich strukturell zu entwickeln.

Das stärkste Argument, daß gegen einen Rechtsterrorismus in absehbarer Zeit spricht, ist die Tatsache, daß die rechtsextreme Szene in Deutschland sehr stark zersplittert ist.

190 Die rechtsextreme Szene in Deutschland

Die rechtsextreme Landschaft ist schwer zu überschauen: Außer den drei als rechtsextrem eingestuften Parteien Deutsche Volkssun-ion (DVU), Die Republikaner (REP) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) existieren laut Verfassungsschutz über 130 rechtsextremistische Klein- und Kleinstorganisationen. Dazu gehören die Skinheads und die Neonazis. In diesen beiden Gruppen ist die Gewaltbereitschaft sehr hoch. Laut Verfassungsschutz gibt es 9000 gewaltbereite Rechtsextreme in Deutschland. Tendenz: steigend. Die Mitglieder rechtsextremer Parteien (siehe nächstes Kapitel) hingegen sind eher nicht gewaltbereit. Insgesamt gab es 1999 laut Verfassungsschutz 51.400 Rechtsextremisten in Deutschland, 4 Prozent weniger als 1998. Allerdings sind auch diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen: Die Tatsache, daß jemand aus einer rechtsextremen Partei austritt, bedeutet ja noch lange nicht, daß die Person ihre rechtsextreme Gesinnung mit dem Mitgliedsausweis abgibt. Zwischen 1992 und 1995 wurden fünf Organisationen verboten (Grafik 5).

Rechtsextreme Parteien: DVU, REP, NPD

210 Deutsche Volkssun-ion (DVU)

Gründung: 5. März 1987 (seit 1971 e.V.)

Sitz: München

Vorsitzender: Dr. Gerhard Frey

Mitglieder 1999: ca. 17.000 (1998: ca. 18.000)

215 Publikationen: National-Zeitung/ Deutsche Wochen-Zeitung. Auflage, geschätzt: 48.000

Quelle: Verfassungsschutzbericht 1999

Die DVU ist die größte rechtsextremistische Partei. Die bestimmende Figur in der Partei ist der Vorsitzende Gerhard Frey. Der Verleger ist Herausgeber der "Deutschen-Wochen-Zeitung" und zahlreicher rechtsextremer Bücher. Auf diese Bücher wird in der "Deutschen Wochen-Zeitung" verwiesen. Der Verfassungsschutz sieht hinter der agitatorischen Linie Freys auch kommerzielle Interessen.

225 Die Partei versucht, sich einen demokratischen Anstrich zu geben. Aber in der Zeitung wird Klartext gesprochen, die Message ist eindeutig: Ausländer sind alle kriminell, die deutsche Rasse wird "umvolkt", gegen bekannte Juden wie Friedman oder Spiegel wird in dem Blatt gehetzt. Der Holocaust wird durch subtile Argumentationen relativiert und zum Teil geleugnet.

Wie alle anderen rechtsextremen Parteien nutzte die DVU die verschiedenen Parteiaffären, um sich als saubere Alternative zu den korrupten Politikern der großen Parteien darzustellen, die ohnehin nur den Ausverkauf des deutschen Volkes betrieben.

235 Wo die DVU zu Wahlen antritt, schafft sie es fast immer, kommunale Mandate zu erringen. In Brandenburg, Bremen und Sachsen-Anhalt ist die DVU in den Landtagen vertreten. Die DVU macht dabei keine Wahlveranstaltungen, sondern arbeitet mit flächendeckenden Plakataktionen.

240 Die Republikaner (REP)

Gründung: 1983

Sitz: Berlin

Vorsitzender: Dr. Rolf Schlierer

Mitglieder 1999: ca. 14.000 (1998: ca. 15.000)

245 Publikationen: "Der Neue Republikaner", erscheint monatlich, Auflage: 20.000

Unterorganisationen: "Republikanische Jugend" (RJ), "Republikanischer Bund der öffentlich Bediensteten", "Republikanischer Bund der Frauen", "Republikanischer Hochschulverband"

250 Quelle: Verfassungsschutzbericht 1999

Seit dem Austritt des ehemaligen REP-Chefs Franz Schönhuber ist die Partei geschwächt. Bei Wahlen verloren die REPs in den vergangenen Jahren an Stimmen. Der amtierende Parteichef Schlierer ist um ein "seriöses rechtskonservatives Erscheinungsbild" (Verfassungsschutzbericht) bemüht. Rechtsextreme Grundpositionen sind aber nicht zu übersehen: Ausländer raubten den deutschen ihr Land, die rassische Einheit Deutschlands sei gefährdet und auch für die deutschen Kriegsoffer sei eine Entschädigung notwendig - und nicht nur für die jüdischen und osteuropäischen NS-Zwangsarbeiter. Die Jugendorganisation RJ sieht sich als Speerspitze der nationalen Bewegung und gibt sich gewaltbereit: Das bestehende demokratische System müsse zerschlagen werden. Ziel sei "die nationale Kulturrevolution".

265 REP-Chef Schlierer fährt nach Beobachtungen des Verfassungsschutzes eine Doppelstrategie: Er versucht die Republikaner von anderen rechtsextremen Parteien und Gruppierungen abzugrenzen. Lediglich mit der DVU kam es zuletzt zu Wahlabsprachen. Wo die REPs antraten, bliebe die DVU fern und wo die DVU ins Rennen ging, ließen sich die REPs nicht blicken. Dieser Kurs ist aber in der Partei umstritten, was zu Austritten und einer weiteren Schwächung der Republikaner geführt hat. Die andere Strömung bei den REPs fordert, eine "Vereinigte Rechte" aufzubauen. Teile der Partei haben deshalb entgegen der Linie des Bundesvorstands Kontakt zur NPD.

275 Die REPs sind im Landtag von Baden-Württemberg vertreten. Kommunale Mandate hält die Partei in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Gründung: 1964

280 Sitz: Berlin

Vorsitzender: Udo Voigt

Mitglieder: 6000 (1998: 6000)

Publikation: "Deutsche Stimme", erscheint monatlich, Auflage: 10.000

285 Unterorganisationen: "Junge Nationaldemokraten" (JN), "Nationaldemokratischer Hochschulbund" (NHB)

Sympathisanten: "Freie Kameradschaften", "Freie Nationalisten", "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG), "Blood & Honour"

290 Die NPD ist das Sammelbecken rechtsextremer Kleingruppen, dazu Anziehungspunkt für gewaltbereite Neonazis und Skinheads. Lange Zeit war es die Aufgabe der "Jungen Nationaldemokraten" (JN), der Jugendorganisation der NPD, junge Neonazis und Skinheads für die Partei einzunehmen. Inzwischen ist die Partei aber

295 so weit rechts positioniert, daß die Rolle der JN an Bedeutung verloren hat. Die Mutterpartei rekrutiert die gewaltbereite rechte Jugend direkt. Zugkraft haben auch jüngere Neonazis, die inzwischen nicht mehr im JN-, sondern im NPD-Bundesvorstand sitzen. Regionale Organisationen wie die "Freien Nationalisten" versuchen zudem, die Kameradschaften, kleine Gruppen von Neonazis, zu bündeln.

Am stärksten ist die NPD in Sachsen. Sie hat dort 1200 ihrer 6000 Mitglieder, in Bayern 900, in NRW 750. Ziel der Partei ist es, "national befreite Zonen" zu schaffen. Das Feindbild sind alle Ausländer. Das heilige Gut ist die Rasse. Die reine deutsche "Rassenseele" gilt es zu retten. Dazu bedient sich die Partei zweier politischer Strömungen, die auch die Nazis miteinander verknüpften: Nationalismus und Sozialismus. Die NPD gibt sich so als Vertreter des kleinen deutschen Mannes aus. Im Gegensatz zu den anderen rechtsextremen Parteien sucht die NPD die Öffentlichkeit. Im Januar 2000 marschierten Neonazis und NPDler durch das Brandenburger Tor. In 1999 registrierte der Verfassungsschutz 60 Demonstrationen und Aufmärsche der NPD.

Die Parteispitze verfolgt ein Drei-Säulen-Prinzip: Den Kampf um die Straße, den Kampf um die Köpfe und den Kampf um die Parlamente. Gerade unter jüngeren, neonazistischen Parteimitgliedern steht aber der Kampf um die Straße im Mittelpunkt. Das heißt prügeln, treten, töten - als "Nationale Außerparlamentarische Opposition". Was den Kampf um die Parlamente angeht, ist die NPD die schwächste rechtsextreme Partei. Sie bekommt meist nicht mehr als 0,5 Prozent. Die NPD hat kommunale Mandate in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen. Die Bundesregierung und die Innenminister der Länder wollen ein Verbot der NPD durchsetzen, obwohl der Sinn eines Verbotsantrages vor dem Bundesverfassungsgericht in den Parteien und unter Rechtsexperten umstritten ist.

Andere rechtsextreme Gruppen

Insgesamt stuft der Verfassungsschutz über 130 Organisationen als rechtsextremistisch ein. Dazu gehören neben DVU, REP und NPD mehrere kleine Parteien, die zwischen 50 und 500 Mitgliedern haben, zum Beispiel die "Unabhängige Arbeiterpartei" oder die "Vereinigte Rechte". Des weiteren existieren kleine Gruppen mit weniger als 300 Mitgliedern wie die "Deutsche Liga für Volk und Heimat".

335 Neben den rechtsextremen Klein- und Kleinstgruppen ist besonders die gewaltbereite Skinhead- und Neonazi-Szene von Interesse. Aktuell geht der Verfassungsschutz von 9000 gewaltbereiten Skinheads und Neonazis aus. Mit 500 Mitgliedern ist die "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." eine der größten Neonazi-Gruppen. Sie versucht, verurteilte Rechtsextreme auch im Gefängnis an die rechte Szene zu binden. Und das offenbar mit Erfolg, wie Juristen aus Brandenburg berichten.

Die Neonazi-Szene überschneidet sich teilweise stark mit der Skinhead-Szene. Für die Neonazis steht aber die Verehrung Hitlers im Mittelpunkt. Sie verfolgen revisionistische Ziele. Das Dritte Reich wird als Ideal verherrlicht. Teile der Skinhead-Szene haben sich diese Ideologie zu eigen gemacht, während andere Teile diffuse Feindbildern schüren vom "Ausländer", den es aus Deutschland rauszuprügeln gilt.

Der Verfassungsschutz geht von 2.200 Neonazis in Deutschland aus, 1998 sollen es noch 200 mehr gewesen sein. Seit den Ver-

einsverbotenen Mitte der 90er Jahre (siehe Grafik Nr. 5) organisieren sich die Neonazis in "Kameradschaften", von denen es 150 in Deutschland gibt. In einer "Kameradschaft" finden sich oft nur 10 bis 15 Neonazis zusammen. Jeder kennt jeden. Wer neu hinzukommt, hat einen Bürgen. Der Neuling muß eine Feuertaufe überstehen, im "Jungsturm" z.B. durch besondere Brutalität gegen das Opfer die anderen von sich überzeugen. Nur wenige "Kameradschaften" treten einzeln in der Öffentlichkeit auf wie z.B. die "Kameradschaft Karlsruhe". Vor allem in Norddeutschland hat der Verfassungsschutz eine wachsende Verflechtung der neonazistischen Szene beobachtet. Dabei dient das Internet als schnelle, kostengünstige, anonyme Plattform. Die nord(ost)deutsche Szene um den führenden Hamburger Neonazi Thomas Wulff gilt als besonders aktiv; u.a. machten 400 Neonazis 1999 eine Kundgebung in Mecklenburg-Vorpommern. Ferner geben die Hamburger Neonazis die Zeitschrift "Zentralorgan" heraus.

360 Offiziell gibt es etwa 7000 rechtsextremistische Skinheads. 6000 von ihnen schätzt der Verfassungsschutz als gewaltbereit ein. Ihre Gewalttaten sind oft spontane, aggressive Ausbrüche unter Alkoholeinfluß. Unter diesen Umständen ist die Hemmschwelle der Skins besonders gering.

Die Skinheads sind lose organisiert. Häufig bestehen lokale, kleinere Gruppen von bis zu 50 Skins. Überregional aktive Szenen gibt es sowohl im Osten als auch im Westen. So machen Skin-Gruppen in Thüringen, Sachsen und in Brandenburg gemeinsame Sache. Recht weit verzweigte Kontakte pflegen auch Skinhead-Szenen in Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und im Großraum Hamburg. Die größte überregionale Skin-Organisation "Blood & Honour" wurde überraschend Mitte September verboten. Zu der Organisation sollten zu diesem Zeitpunkt 500 Mitglieder zählen. "Blood & Honour" gab auch ein gleichnamiges Fanzine für Skinhead-Musik heraus.

385 Auch Frauen gehören zu der Szene. Bei Aufmärschen und Kundgebungen der Glatzen spielen sie den Sanitätstrupp "Braunes Kreuz". Sie sind darüber hinaus auch in Kleingruppen organisiert wie z.B. dem "Skingirl Freundeskreis Deutschland".

Neonazis und Skinheads haben eine Reihe von Erkennungszeichen. Neben Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel gibt es auch weniger auffällige Symbole. Beliebt sind z.B. die Klamotten der Marken "Lonsdale" und "Fred Perry". Zieht man eine Jacke über Lonsdale-T-Shirts, so ist vom Schriftzug, der stets über die ganze Brust läuft, "nsda" zu lesen, was an "NSDAP" erinnert. "Fred Perry" hat als Firmenlogo einen Siegerkranz, den Rechtsextreme gerne auf ihrer Brust tragen.

A.C.A.B. - diese Abkürzung haben sich einige Rechtsextreme auf die Jacken geschrieben. Sie steht für "All cops are bastards" - alle Polizisten sind Hurensöhne. Viele Neonazis und Skins fröhnen auch dem Wikinger-Kult. Symbole wie ein Thorhammer (der sieht aus wie ein Boot ohne Segel) zeigen den Rechten - als harmlose Halskette zum Beispiel - untereinander unauffällig ihre Gesinnung.

Außerdem bedienen sich Neonazis eines simplen Nummercodes. "18" steht für Adolf Hitler, "88" bedeutet Heil Hitler. Jede Ziffer steht für die Position eines Buchstabens im Alphabet. A wie Adolf steht an erster Stelle, also die "1", H steht an achter Stelle, also die "8". 18 gleich AH gleich Adolf Hitler.

Nazi-Symbole wie Hakenkreuze, Gau- oder SS-Abzeichen nutzen die Rechtsextremen selten, denn die Zeichen sind verboten und geben der Polizei die Möglichkeit, einzugreifen.

Verbindendes Element der Skinhead-Gruppen, aber auch der neonazistischen "Kameradschaften" ist häufig Skinhead-Musik (siehe nächstes Kapitel), wo die "Sänger" fremdenfeindliche, das Dritte Reich und Gewalt verherrlichende Texte gröhlen.

415 Einstiegsdroge: Skinhead-Musik

Sie heißen "Kraftschlag", "Stahlgewitter", "Sturmwehr" oder "Zilertaler Türkenjäger" - Skinhead-Musiker, die sowohl in den Bandnamen, als auch in ihren Texten keinen Hehl aus ihrer Gesinnung machen. Ein typisches Textbeispiel:

420 "Alle Juden sind mir gleich

Türken klatschen, ist doch klar

Ich mag Fußball auf dem Rasen

die SS, wie sie gasen

All das mag ich, und ganz doll die NSDAP"

425 Zu solch rassistischen, Gewalt verherrlichenden Texten spielen die Skin-Bands "Oi-Musik" (benannt nach dem Skin-Ruf "Oi!"). Der Verfassungsschutz beschreibt diese Musik als besonders "aggressiv" - häufig sind außer kreischenden Gitarren und grölenden "Sängern" kaum etwas zu verstehen. Die Skin-Bands bedienen sich aber auch gängigerer Musikrichtungen wie Heavy- und Black-Metal, Gothic - selbst Rockabilly-Rhythmen oder Schlagermusik werden mit rechten Texten versehen. Das heißt im Umkehrschluss natürlich nicht, dass diese Musikrichtungen braun wären. Manche Skin-Bands nehmen sie aber als Grundlage, als Matrix für ihre rechten Botschaften. Laut Verfassungsschutz gibt es etwa 130 Skin-Bands, davon sollen zur Zeit 88 aktiv sein.

Fast ohne Text kommen Skinhead-Bands aus, die in der nordrhein-westfälischen Gabber-Techno-Szene aufgetaucht sind. Gabber-Techno - das ist eine besonders harte Richtung der Techno-Musik, die sich durch mehr als 220 Schläge in der Minute ("beats per minute") auszeichnet. In Hamm, Dortmund und Bochum besteht eine Skinhead-Szene, die auf diese harte, schnelle, meist textarme Musik schwört.

Über die Musik, so der Verfassungsschutz, werden gerade auch Jugendliche angesprochen, die sich zunächst lediglich für die Musik interessieren. Um diese Jugendlichen anzulocken, organisiert die Jugendorganisation der NPD, die "Jungen Nationaldemokraten", Skin-Musik-Konzerte. In 1999 registrierte der Verfassungsschutz 100 solcher Skinhead-Konzerte, vier davon in Nordrhein-Westfalen. Das größte bekannte Skin-Konzert in Sachsen-Anhalt besuchten 2.000 junge Leute.

Mit den Skin-Konzerten verbunden ist für Jugendliche der Reiz am Tabu-Bruch. Die Konzerte werden offiziell als Geburtstagsfeiern oder Nachwuchs-Musikwettbewerbe ausgegeben. Per Internet oder "NITs", Nationale Info-Telefone (16 Stück in Deutschland), geben die Veranstalter nur Treffpunkte wie Parkplätze bekannt. Per Handy leiten sie dann die Konzertgänger zum Veranstaltungsort.

Die Polizei erfährt von diesen Konzerten häufig zu spät. Wirklich machtlos sind die Behörden allerdings, was die Verbreitung der Skin-Musik über das Internet angeht. Auf dem Index stehen aktuell über 100 Titel mit rechtsextremen Inhalten. In der Neonazi-Szene kursieren sie trotzdem. Auf verschiedenen Internetseiten wird Skinhead-Musik angeboten, die in Deutschland indiziert ist - kostenlos zum Herunterladen, als Musikdatei im MP3-Format. Die Betreiber der entsprechenden Seiten machen ihre Angebote über Provider in Nordamerika. Da z.B. nach US-amerikanischem Recht die Meinungsfreiheit uneingeschränkt gilt, gehen die Behörden dort nicht gegen neonazistische Propaganda oder rassistische Texte vor. Die Strafverfolgung durch deutsche Behörden stößt hier an ihre Grenzen, an Grenzen, die die Neonazis für ihre Zwecke nutzen.

Parallel zur Skin-Musik-Szene im Internet veröffentlichen rechtsextreme Musikverlage weiterhin ihre CDs, dazu kommen Vertrieber von Skin-Schmuck, Aufnahmen, T-Shirts usw.. In Deutschland bestehen 50 Betriebe, die rechtsextremistische Ware verkaufen. Gegen solche kommerziellen Anbieter geht die Polizei vor. In 1999 wurden zeitgleich mehrere Verlage in Deutschland durchsucht. Ein 30jähriger wurde Ende Juli 2000 im Berlin zu einer Geldstrafe von 6.000 Mark verurteilt, weil er CDs von Skin-Bands kopiert und weiterverkauft hatte.

Zu der Skinhead-Musik gibt es auch entsprechende Magazine, "Fanzines" genannt: "White Supremacy" und "Blood & Honour" sind die beiden aufwendig und kostspielig produzierten Magazine. Über die Skinhead-Musik hinaus wird in diesen Heften das Dritte Reich verherrlicht.

Trotz dieser herkömmlichen Medien hat das Internet für die rechtsextreme Szene sowohl als Publikations- als auch als Kommunikationsmedium an Bedeutung gewonnen. Wie groß das rechte, fremdenfeindliche Potenzial in Deutschland ist, lesen sie im folgenden Kapitel.

Das rechte Potenzial - Wer ist für Rechtsaußen in Deutschland?

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) weiß Bescheid: Um die Debatte um den Rechtsextremismus zu beenden, sagte er im August 2000, daß 99 Prozent aller Bundesbürger

"rechtschaffen" seien und deshalb die Medienhysterie völlig unverständlich und unangebracht sei. - 99 Prozent rechtschaffen, daß heißt im Umkehrschluß: Ein Prozent der Bundesbürger sind für Roland Koch rechtsextrem.

Ein Blick auf die Zahlen - die, wenn schon einem Journalisten, dann sicherlich auch einem Ministerpräsidenten zugänglich sein dürften - zeigt ein anderes Bild: 1998 zog die DVU mit 12,9 Prozent der Stimmen in den Landtag von Sachsen-Anhalt. In Brandenburg errang die DVU 1999 5,3 Prozent der Stimmen, das sind fünf Sitze im Potsdamer Landtag. In Bremen kam sie auf 3 Prozent, in Bremerhaven auf 6 Prozent. Wieder zog die DVU ins Parlament ein. Aber die DVU ist als stärkste rechtsextreme Partei nicht nur im Osten erfolgreich. Bei den Kommunalwahlen 1999 in NRW z.B. gewann die DVU mehrere Mandate.

Besonders aufschlußreich ist es, das Wahlverhalten der unter 25jährigen unter die Lupe zu nehmen: In Dortmund z.B. bekam die DVU bei den Kommunalwahlen 3 Prozent. Bei den 16 bis 25jährigen waren es 9,9 Prozent. Bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland gewann die DVU bis zu 25 Prozent der Stimmen bei den unter 25jährigen, d.h. jeder Vierte wählte eine rechtsextreme Partei. Die offen Gewalt propagierende NPD erhielt bei den Landtagswahlen in Sachsen im Herbst 1999 8,5 Prozent unter den 18- bis 24jährigen.

Das es sich hier um keine Protestwähler handelt, belegen weitere Zahlen: Nach verschiedenen Studien an ostdeutschen Universitäten bekennen sich 30 bis 40 Prozent der Jugendlichen zu ihrer Fremdenfeindlichkeit. Im Westen, so Wissenschaftler, sind es etwa 25 Prozent. Auch die Altersstruktur rechtsextremer Straftäter untermauert, daß gerade bei vielen jungen Menschen zu einer offensichtlich rechtsextremen, fremdenfeindlichen Gesinnung ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft hinzukommt. Laut Verfassungsschutz werden zwei Drittel aller rechtsextremen Straftaten von Jugendlichen begangen. In einer Studie an der Universität Trier werteten Wissenschaftler Polizeiakten zu rechtsextremen Übergriffen aus. Wie die Grafik (Nr. 6) zeigt, waren über 70 Prozent der Straftäter 15 bis 20 Jahre alt. Zugleich haben viele keinen Schulabschluß, über die Hälfte die Hauptschule und jeder Fünfte die mittlere Reife absolviert. Laut Verfassungsschutz werden viele Jugendliche durch Skinhead-Musik (Querverweis Kap. Skin-Musik) in die rechte Szene gelockt.

Nun haben die rechtsextremen Jugendlichen ein Umfeld, Eltern, Freunde, Nachbarn, Lehrer. Dieses Umfeld bildet die schweigende Masse, an die Politiker aller Couleur appelliert haben, sie sollten Zivilcourage zeigen. Aber kein geringerer als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD), der das Thema durch zahlreiche Interviews ins Rollen brachte, sieht Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im Osten im Alltag und in bestimmten Schichten verwurzelt, in einer viel höheren Zahl und Qualität als im Westen. (Im Osten ist die Gefahr für einen Ausländer, Opfer einer Gewalttat zu werden, statistisch 26mal so hoch wie im Westen der Republik.) Andere Politiker und Experten wie z.B. der Staatsanwalt Hans-Heiko Klein beurteilen die Akzeptanz der Neonazis bei der schweigenden Mehrheit als Gefahr für Deutschland.

Diese Beobachtungen decken sich mit einer repräsentativen Emnid-Umfrage im Auftrag des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel". 20 Prozent der Ostdeutschen wären unter bestimmten Umständen bereit, eine der rechtsextremen Parteien zu wählen. Im Westen sind es 9 Prozent. Zwei Drittel aller Befragten aus dem Osten meinen, es gäbe bereits zu viele Ausländer in Deutschland, im Westen ist es fast jeder Zweite. Dass Ausländer den Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen, glauben im Westen 12 Prozent, im Osten Deutschlands 34 Prozent.

Diese Zahlen legen den Schluß nahe, daß weite Teile der deutschen Bevölkerung in Ost und West deshalb keine Zivilcourage zeigen, weil sie den rechten Tätern stillschweigend zustimmen - ohne deshalb zwangsläufig auch bereit zu sein, rechtsextreme Parteien zu wählen. Diese Zahlen belegen auch, daß Ministerpräsident Koch irrt, wenn er 99 Prozent der deutschen Bevölkerung von jedweder rechter, fremdenfeindlicher Gesinnung freispricht.

Das gerade skizzierte, breite rechte Potenzial wird von rechtsextremen Parteien aber nur bedingt angesprochen, vor allem auf Bundesebene spielen sie kaum eine Rolle. Das liegt nicht zuletzt daran, daß die rechtsextreme Szene in Deutschland zersplittert ist. Verfassungsschützer befürchten aber, daß die Rechtsextremen die Möglichkeiten der schnellen, anonymen Kommunikation per Internet zu einer stärkeren Vernetzung nutzen.

575 **Die Cybernazis: Propaganda und Kommunikation in der virtuellen Welt des Internet**

Derzeit existieren im klassischen Printsektor 44 Verlage und Vertriebsdienste, die Publikationen mit rechtsextremistischen Inhalten verbreiten. Insgesamt hat der Verfassungsschutz für das Jahr 580 1999 116 rechtsextremistische Publikationen gezählt mit einer Gesamtauflage von 6,5 Millionen. Die Auflage ist rückläufig. Ein Grund dafür ist sicherlich, daß das Medium Internet in der rechten Szene eine immer stärkere Rolle spielt. Ende der 90er Jahre vervielfachte sich die Zahl rechtsextremer Homepages in deutscher 585 Sprache. Noch 1996 zählte der Verfassungsschutz 32 rechtsextremere Homepages. Wie viele es heute genau sind, darüber herrscht selbst bei Beobachtern Uneinigkeit. Die Zahlen schwanken zwischen 350 und 500 Zugangsseiten. Jede fünfte Seite weist eindeutig strafbaren Inhalt auf. Neben Hetz- und Haß-Seiten finden sich auch pseudo-wissenschaftliche Studien, z.B. auf der 590 "Zündelsite", die angeblich die "Holocaust-Lüge" beweisen und ähnliches. Das Simon-Wiesenthal-Center in Los Angeles hat 2000 rechtsextreme Sites weltweit gefunden und auf der CD ROM "Digital Hate 2001" dokumentiert.

595 Das Internet ermöglicht der zersplitterten rechten Szene, schnell, bei etwas technischem Know-how anonym und kostengünstig zu kommunizieren. So ist auch festzustellen, daß die rechtsextremen Sites untereinander stark verlinkt sind. Diese Vernetzung rechter Splittergruppen wird von Verfassungsschützern und Ermittlern als 600 gefährlich angesehen.

Neben der Vernetzung erfüllt das Internet für die rechte Szene zwei Aufgaben: Propaganda und Agitation zum einen, Kommunikation unter Rädelsführern zum anderen.

Propaganda und Agitation

605 Das Propaganda-Angebot Rechtsextremer geht längst weit über harte Sprüche und rassistische Besinnungsaufsätze hinaus. Die Cybernazis betreiben Internet-Radios wie z.B. "Radio Germania" oder "Radio Nord". Neben Skin-Musik berichten die Radiomacher aus der rechten Szene und machen Propaganda.

610 Auch Amateurvideos von Kundgebungen oder Skin-Band-Auftritten bieten die Cybernazis im Netz an, der rechtsextremistische Pressedienst "Politische Hintergrundinformationen" zum Beispiel.

Auf rechtsextremen Seiten werden außerdem Anleitungen zum 615 Bombenbau und -einsatz gegeben. Auf "Haß-Seiten" haben Verfassungsschützer auch schwarze Listen gefunden, auf denen politische Gegner namentlich aufgeführt waren. In jüngster Zeit kam es auch zu zwei Mordaufrufen im Internet. Einen der Mordaufrufe, der mit 10.000 Mark Kopfgeld dotiert war, konnten die Ermittler 620 aufklären: Dahinter steckte ein 17jähriger, der zu zwei Jahren Jugendstrafe verurteilt wurde.

Zur Agitation gehört auch der Vertrieb rechtsextremer Kleidung und Musik. MP3s mit Skinhead-Musik lassen sich kostenlos runterladen, Klamotten und rechte Aufnäher per Mausclick bestellen. 625 Durch dieses vielschichtige Angebot im Internet erreichen die Macher gerade Jugendliche, die sich zunächst vielleicht eher für das Internet als für Rechtsextremismus interessieren.

Kommunikationsbasis Internet

Die Kommunikation erfolgt vor allem per E-Mail. Die Rechten haben u.a. Mailinglisten erstellt, über die die elektronische Post automatisch an alle auf der Liste verschickt wird. Durch verschiedene 630 Verschlüsselungsverfahren (u.a. "PGP") und Mailtechniken (z.B. Remailing) versuchen die rechtsextremen Internet-User, ihre Identität geheim zu halten.

635 Auf den Homepages wie z.B. des "Thule-Netzes" finden sich auch Mailboxen. Jeder Benutzer wird vom Boxbetreiber geprüft, bevor er mitmailen darf. Manche Homepages zeigen zuerst nichts als eine weiße Seite an. Hier nutzen die Cybernazis Codewörter, um sich Zutritt zu der Seite zu verschaffen. Diese technisch raffinierten Methoden sollen laut Verfassungsschutz von Rädelsführern und Kadern rechtsextremer Organisationen genutzt werden, um gemeinsame Aktionen zu planen.

"Nationale Info-Telefone" (NITs), das sind telefonische Mailbox-Systeme über die Rechtsextreme vor dem Internet-Zeitalter ihre 645 Informationen verbreiteten, sind inzwischen auch im Netz. Sie bieten zum Teil regelmäßig aktualisierte Info-Seiten an, aber auch Diskussionsforen. Diese nutzen die Neonazis nach Beobachtungen des Verfassungsschutzes recht häufig.

Alles in allem nutzen die Rechtsextremen alle Möglichkeiten, die das Internet anbietet. In Deutschland wird ein härteres Vorgehen gehen Rechts im Internet diskutiert. Die Erfolgsaussichten sind aber gering, denn das deutsche Recht endet beim deutschen Internet-Anbieter. Das Internet - rechtsfreier Raum für Rechte?

Das Internet - rechtsfreier Raum für Rechte?

655 In welchem Land ist der Internet-Anbieter, über den der Benutzer seine Homepage in das Internet stellt, angemeldet? Das ist die entscheidende Frage für die Strafverfolgung. Handelt es sich um einen deutschen Anbieter, gilt deutsches Recht. Geht jemand aber über einen amerikanischen oder kanadischen Anbieter, gilt das 660 dortige Recht. Und in den USA hat die freie Meinungsäußerung höchsten Rang. Verbrechen wie Volksverhetzung existieren praktisch nicht. Jeder kann erzählen, was er will.

Und genau das ist das Problem der deutschen Ermittler: Die Rechten im Netz melden sich verstärkt über US-Anbieter an. Nach Angaben des Verfassungsschutzes liefen schon 1999 die meisten 665 Seiten über Anbieter im Ausland. Im Zuge der Diskussion in Deutschland, härter gegen Rechte im Netz vorzugehen, sollen allein im August 90 weitere Neonazi-Gruppen von deutschen zu amerikanischen Anbietern gewechselt sein.

670 Generalbundesanwalt Nehm beklagt, daß die grenzübergreifende Rechtshilfe gerade mit den USA überhaupt nicht funktioniert. Anfragen bezüglich rechtsextremer Websites seien erst gar nicht beantwortet worden. Diese Situation nutzen die Rechten für sich. Solange die internationale Zusammenarbeit nicht verbessert wird, 675 bleibt also das Internet ein Nebefeld. Markige Sprüche von Politikern, die das Internet säubern wollen, bringen also nichts und beweisen allenfalls Unwissen.

Das deutsche Recht zu verschärfen, erscheint vor diesem Hintergrund als sinnlos, zumal im Grundgesetz, im Strafgesetzbuch 680 (StGB), im Informations- und Telekommunikationsdienste-Gesetz (IuKDG) und im Mediendienste Staatsvertrag (MDStV) rechtliche Grundlagen bestehen, die die strafrechtliche Verfolgung rechtsextremer Inhalte im Internet ermöglichen.

Woher kommt die rechte Gewalt?

685 Gleichsam rituelle Schuldzuweisungen sind, neben ungläubiger Empörung, eine der ersten Antworten von Politikern auf die Frage nach Ursachen für die rechte Gewalt und vor allem für die offensichtlich gestiegene Gewaltbereitschaft der Jugendlichen: Linke Politiker werfen rechten Kollegen vor, Fremdenfeindlichkeit latent 690 geschürt zu haben, die rechten Politiker werfen der Justiz vor, viel zu lasch mit den Straftätern umzugehen. Die Medien sind schuld, weil sie durch Gewaltfilme zur seelischen Verrohung der Jugend beitragen, so daß die nicht einmal mehr vor Mord zurückschrecken. Einige Experten meinen denn - gemeinsam mit dem einen 695 oder anderen konservativen Politiker -, daß die Jugendlichen selbst schuld sind, weil sie als Gesellen der Spaßgesellschaft unpolitisch geworden sind. Und wenn Gewalt ihnen Spaß macht, dann eben Gewalt, so die Argumentation...

Ist die Phase der Schuldzuweisungen, die je nach Lautstärke des 700 Vortrags die Hilflosigkeit des jeweiligen Volksvertreters oder Würdenträgers widerspiegelt, beendet, dürfen Wissenschaftler ihre Erkenntnisse in der Öffentlichkeit vortragen.

Die naheliegendste, dennoch nicht zu unterschätzende Ursache für rechte Gewalt ist in den sozialen Verhältnissen zu sehen: Die 705 hohe Arbeitslosigkeit, gerade unter Jugendlichen in Ostdeutschland, die relative Armut, die daraus folgt. Die Perspektivlosigkeit, die daraus erwächst. Die Perspektivlosigkeit, in der ostdeutsche Jugendliche aufwachsen: Jedes dritte Kind in Ostdeutschland lebt in einer Familie, die zumindest zeitweise von Sozialhilfe leben 710 mußte. Der soziale Druck unter solchen Umständen ist groß, der innerhalb der Familie auch. Aggression ist das Ergebnis, Gewalt als Ventil für Frust und Wut auf sich selbst. Für die schlechten Lebensbedingungen, die im Osten entgegen aller Versprechen des damaligen Kanzlers kaum besser geworden sind, suchen die 715 Menschen Schuldige, Sündenböcke - und finden außer "denen da oben" vermeintlich Schwächere: Fremde nämlich.

Diese sozialen Verhältnisse sind eingebettet in gesellschaftliche Strukturen. Die Wende, die Globalisierung - aus diesen beiden 720 Schlüsselbegriffen leiten Sozialwissenschaftler ab, daß die Menschen durch die schnellen Umbrüche entwurzelt werden. Sie verlieren ihren Halt und konstante Werte. Die Menschen fühlen sich allein gelassen, tragen eine emotionale Leere in sich. Hier bietet das Deutschsein klare, einfache Verhältnisse und kann deshalb

gerade für Jugendliche attraktiv sein, die Orientierung suchen, die sie von ihren Eltern oder der Schule nicht bekommen.

Diese Erklärungen für rechte Gewalt sind nicht neu, dennoch sind sie die grundlegenden Muster der Ursachenforschung. Diese werden inzwischen aber auch hinterfragt. Der Kriminalist Bernd Wagner, der seit Jahren die Neonazi-Szene im Osten beobachtet, meint, daß diese klassischen Erklärungsansätze nicht greifen. Im rechten Milieu Ostdeutschlands sei die Arbeitslosigkeit nicht höher als in anderen Milieus. Vielmehr sei eine Auseinandersetzung mit der rechten Ideologie vonnöten. Die Rechtsextremen projizierten alle sozialen und sonstigen Probleme auf Ausländer.

Mit der Frage, warum sich gerade im Osten Deutschlands viele junge Menschen zur rechtsextremen Szene hingezogen fühlen, haben sich Wissenschaftler in der Breite aber erst in letzter Zeit befaßt.

Drei Sozialwissenschaftler am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam haben in dieser Hinsicht auch einen historischen Erklärungsansatz entwickelt. Ergebnis: Der autoritäre, staatlich gesteuerte Umgang mit Fremden in der DDR hat bei den Menschen eine Mentalität erzeugt, die das Fremde ablehnt. Demnach nahm der DDR-Bürger "den Fremden" in drei Rollen wahr: erstens als Soldaten der russischen Besatzungsmacht, zweitens als privilegierte Gäste aus einem gleichgesinnten Bruderstaat, drittens als feindliche Agenten oder Saboteure.

Die Fremdherrschaft der Sowjets, so die Wissenschaftler, war der Bevölkerung ein Dorn im Auge. Die Unterwürfigkeit der SED gegenüber Moskau habe ihr bei den Menschen den Namen "Russenpartei" eingebracht. Die Fremden, die in die DDR kamen, wurden kaserniert. Einen Kontakt von Mensch zu Mensch, so die Wissenschaftler, gab es so gut wie gar nicht. So prägte die SED - zum Teil gewollt, zum Teil ungewollt - unter den DDR-Bürgern ein diffuses, negativ besetztes Bild von Fremden und Ausländern, erzeugte die Partei ein Klima und eine Kultur der Intoleranz. Dieses Zerrbild in den Köpfen der Bürger kam erst nach dem Untergang der DDR zum Vorschein, erklären die Sozialforscher, und findet jetzt in rechtsextremem Gewalt ihren radikalsten Ausdruck.

Neu ist auch die selbstkritische Haltung einiger Politiker. Zu den ausländerfeindlichen Übergriffen Anfang der 90er Jahre hieß es seinerzeit immer nur, daß es sich um Einzelfälle handele. Das sagt heute kein Politiker mehr. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) meint hingegen, daß Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im Osten Teil der Alltagskultur sind, daß sie nicht am Rand, sondern in der Mitte der Gesellschaft entspringen. Rechte, sagt Thierse, haben die Lufthoheit über den Stammtischen erobert. Und an denen sitzen eben nicht die jugendlichen Täter, sondern eher ihre Väter.

Thierse Beobachtungen im Osten werden von dem Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer gestützt. Die latente Ausländerfeindlichkeit käme, so Heitmeyer, gerade in Kleinstädten zum Ausdruck. Dort, wo jeder jeden kennt und kaum jemand den Nachbarsjungen verrät. Dort, wo falsch verstandener Lokalpatriotismus überwiegt und das Leben eines Ausländers nichts zählt. Wie tief der Fremdenhaß in der deutschen Gesellschaft verwurzelt zu sein scheint, belegen auch die Umfragen zum Thema.

Wie der Anriß zeigt, ist Ursachenforschung weit verzweigt und schwierig. Aber erste Ansätze sind vorhanden. Um der rechten Gewalttaten Herr zu werden, hat die Bundesregierung verschiedene Initiativen gestartet. Kurieren sie nur die Symptome - oder packen sie die Probleme bei der Wurzel und gehen den benannten Ursachen auf den Grund?

Was tun gegen Rechts? - Jüngste Initiativen der Politik gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Ende Mai rief die Bundesregierung in Berlin ein bundesweites "Bündnis für Demokratie und Toleranz" ins Leben. Die Bundesregierung will so Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit unterstützen. 100 Initiativen, Vereine und Verbände beteiligten sich an der Auftaktveranstaltung. Andere wie "amnesty international" und "Pro Asyl" blieben der Veranstaltung fern, weil das Ziel des Bündnisses unklar sei. Für das Bündnis stellt der Bund 400 Millionen Mark zur Verfügung. Von 2001 an soll das Bündnis 250 Millionen Mark für kommunale Jugendarbeit bereitstellen.

Durch den - bisher ungeklärten - Bombenanschlag auf Rußlanddeutsche in einer Düsseldorfer S-Bahn-Haltestelle wurde die öf-

fentliche Diskussion über Maßnahmen gegen Rechts erheblich verstärkt.

Im Zuge dieser Diskussion haben sich Bund und Länder darauf verständigt, auf eine Doppelstrategie zu setzen: Repression und Prävention, d.h. hartes Vorgehen gegen Rechtsextremisten und vorbeugende Maßnahmen.

Im Bereich Repression wird zentral ein Verbot der rechtsextremistischen NPD diskutiert, quer durch alle demokratischen Parteien. Angeregt wurde das Parteienverbot von Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU). Wie er erwarten Befürworter eines NPD-Verbots, daß die Partei durch ein Verbot entscheidend geschwächt würde. Skeptiker befürchten hingegen, daß viele Rechtsextremisten nach einem Verbot der NPD auftauchen und die Situation verschärft wird. Außerdem besteht die Gefahr, daß das Verbot der NPD vor dem zuständigen Bundesverfassungsgericht scheitert.

Nach anfänglichem Zögern hat sich auch Bundeskanzler Schröder dafür ausgesprochen, ein Verbot der NPD anzustreben. Ausschlaggebend für diese Entscheidung waren umfassende Informationen, die der Bundesverfassungsschutz und die Verfassungsschutzämter der Länder vorlegten. Schröder sucht in dieser Sache einen breiten Konsens zwischen Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat. Ende Oktober haben die Innenminister der Länder ein Verbotantrag gegen die NPD befürwortet. Bei der Abstimmung enthielten sich Hessen und das Saarland. Ob diese Empfehlung der Länder-Innenminister zugleich grünes Licht für einen Verbotantrag im Bundesrat bedeutet, ist allerdings offen.

Über den unterschiedlich beurteilten NPD-Verbotantrag hinaus hat Bundesinnenminister Schily den Ländern angeboten, bei rechtsextremistischen Aktivitäten auf den Bundesgrenzschutz (BGS) zurückgreifen zu können. Den BGS will Schily auch gegen Rechtsextremisten auf Anlagen und in Zügen der Deutschen Bahn einsetzen. Dort kommt es immer wieder zu fremdenfeindlichen Übergriffen. Bisher weigert sich Deutsche-Bahn-Chef Mehdorn jedoch, die Kosten dafür zu tragen. Laut Deutscher Bahn würde der zusätzliche Einsatz des BGS 250 Millionen Mark kosten.

Seit dem 1. September 2000 steht eine BGS-Hotline bereit. Bürger können sich bundesweit unter 01805/234566 melden, wenn sie rechtsextremistische Aktivitäten im Bahnbereich beobachten.

Mitte September wurde die Skinhead-Organisation "Blood & Honour" ("Blut und Ehre") verboten. "Blood & Honour" war mit 500 Mitgliedern die größte Skinhead-Organisation in Deutschland, ist aber auch international aktiv. "Blood & Honour" gab in Deutschland ein gleichnamiges Fan-Magazin ("Fanzine") heraus, verbreitete Skinhead-Musik und organisierte Konzerte. "Blood & Honour" soll in den vergangenen drei, vier Jahren sehr eng mit der NPD und deren Jugendorganisation "Junge Nationale" zusammengearbeitet haben. Direkt nach dem Verbot durchsuchte die Polizei mehrere Gebäude und Wohnungen in Berlin. Sie beschlagnahmte einschlägige Musik-CDs, Skinhead-Zeitschriften und Kleidung mit neonazistischen Aufdrucken. Experten rechnen damit, daß die Anhänger von "Blood & Honour" zu anderen rechtsextremen Skinhead-Gruppen wie z.B. den "Hammerskins" abwandern werden.

Zu den repressiven Maßnahmen gehört außerdem, daß auf rechten Veranstaltungen die Polizei konsequent und hart durchgreifen und Zusammenkünfte auflösen soll. Die Bemühungen auf Bundesebene werden durch mehrere Initiativen der Landesregierungen ergänzt. In Nordrhein-Westfalen und im Saarland z.B. wurden Kampagnen gegen Rechts gestartet. In Schleswig-Holstein setzt die Polizei Ermittlungsgruppe gegen Rechts ein. Die fünf norddeutschen Länder richten Polizei-Hotlines ein, wo Bürger anrufen können, wenn sie rechtsextremistische oder fremdenfeindliche Straftaten beobachten. Außerdem wollen die norddeutschen Länder eine bundesweite Datei "Gewalttäter Rechts" erstellen.

Zu Verschärfungen des Versammlungs- oder des Strafrechts, wie von einigen gefordert, wird es wohl nicht kommen. Bundeskanzler Schröder sagte, die bestehenden Gesetze seien ausreichend. Es sei an der Justiz, die strafrechtlichen Möglichkeiten auszuschoöpfen. CDU-Politiker wie Hessens Ministerpräsident Koch fordern, Schnellverfahren gegen rechtsextreme Straftäter einzuführen. Schärfere Gesetze und das Verhängen härterer Strafen - diese Maßnahmen werden vom Deutsche Richterbund als nicht zweckmäßig abgelehnt.

Zur Prävention sollen jüdische Einrichtungen und andere gefährdete "Objekte" wie z.B. Asylbewerberheime von der Polizei ver-

stärkt geschützt werden. Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt sollen rechte Gruppen genauer beobachten. Auch "Hausbesuche" bei Rechten sind im Gespräch.

Um schneller Rechtsextremen auf die Schliche zu kommen, soll, so die Innenminister von Bund und Ländern, der Informationsaustausch zwischen Polizei, Kommunen und Initiativen gegen Rechts verbessert werden. Die Regierung will Aufklärungskampagnen starten, auch an Schulen. Außerdem wird die Bundesregierung Ende September die Bürgerinitiative "Gesicht zeigen!" aus der Taufe heben. Zur Zivilcourage soll eine Werbekampagne mit Prominenten wie dem TV-Moderator Günter Jauch und der Schauspielerin Veronika Ferres ermutigen. Forschung und politische Bildung im Bereich Rechtsextremismus/Fremdenfeindlichkeit sollen unterstützt und verstärkt werden, um Bürgern Demokratie und Toleranz näherzubringen.

Für gezielte Jugendarbeit bietet das Familienministerium gratis das Trainingsprogramm "Prävention gegen rechtsextremistische Aktivitäten" an. Das Programm besteht aus einer Videokassette und einem Begleitbuch und lässt sich beim Familienministerium, Abteilung Jugendpolitik, bestellen.

Daß rechte Propaganda aus dem Internet verschwindet, wie Politiker von SPD und CDU es gefordert haben, ist unwahrscheinlich. Die meisten rechten Internetseiten fallen nicht unter deutsches Recht.

Auch die deutsche Wirtschaft, die um den Ruf des Standorts Deutschland bangt, schaltete sich in die Diskussion ein. Am weitesten ging der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), der seine Mitglieder aufforderte, rechtsextreme Mitarbeiter zu entlassen.

Statistiken und Grafiken

1. Rechtsextremistische Gewalttaten in Deutschland seit 1990

Die Gewalttaten machen nur einen Teil der rechtsextremistischen Straftaten in Deutschland aus. Zu den Gewalttaten zählen u.a. Tötungs- und Körperverletzungsdelikte sowie Brand- und Sprengstoffanschläge. Der Verfassungsschutz hat für diesen Teilbereich rechtsextremistischer Straftaten folgende Zahlen veröffentlicht:

- 1988: 139 Gewalttaten
- 1989: 173
- 1990: 178
- 1991: 849*
- 1992: 1485
- 1993: 1322
- 1994: 784
- 1995: 612
- 1996: 624
- 1997: 790
- 1998: 700
- 1999: 746

* ab 1991 sind die Zahlen für das vereinigte Deutschland, vorher nur BRD

2. Fremdenfeindliche Straf- und Gewalttaten in Nordrhein-Westfalen 1992-1999

Rechtsextremistische Straftaten in NRW:

- 1998: 1481
- 1999: 1277
- (minus 13,8 %)
- Darunter fremdenfeindliche Straftaten: (in Klammern Gewalttaten)
- 1992: 1774 (297)
- 1993: 2385 (342)
- 1994: 1038 (156)
- 1995: 654 (109)
- 1996: 551 (79)
- 1997: 652 (86)
- 1998: 672 (56)
- 1999: 567 (77)

Absolut Rückgang um 105, relativ konstant 18 % aller rechtsextremer Straftaten

Quelle: Verfassungsschutzbericht NRW 1999

3. Rechtsextreme Gewalttaten und Ausländeranteil:

- Land 1. Gewalttaten je 100.000 Einwohner (Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremen Hintergrund)
- 2. Ausländeranteil in %
- Sachsen-Anhalt 3,0 1,6
- Mecklenburg-Vorpommern 2,8 1,6
- Brandenburg 2,4 2,3
- Thüringen 2,0 1,5
- Sachsen 1,9 2,3
- Hamburg 1,4 5,2
- Niedersachsen 1,0 6,6
- Bremen 0,9 5,0
- Berlin 0,9 2,7
- Schleswig-Holstein 0,9 5,4
- Rheinland-Pfalz 0,6 7,6
- Baden-Württemberg 0,6 2,5
- Bayern 0,5 9,2
- Nordrhein-Westfalen 0,5 1,4
- Hessen 0,4 2,2
- Saarland 0,2 8,1
- Deutschland 0,9 8,9

Quellen: Verfassungsschutzbericht 1999, Statistisches Bundesamt

4. Rechtsextreme Organisationen mit Mitgliederzahl

- Deutsche Volkunion (DVU): 17.000 Mitglieder
- Die Republikaner (REP): 14.000
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD): 6000
- Junge Nationaldemokraten (JN): 350
- Bund Freier Bürger 2000
- Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG): 500
- Gesellschaft für freie Publizistik (GFP): 460
- Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH): 300
- Quelle: Verfassungsschutzbericht 1999, Verfassungsschutzbericht NRW 1999

5. Verbotene rechtsextreme Organisationen

- Blood & Honour: Verboten seit Sep. 2000
- Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP): Verboten seit Feb. 1995
- Wiking Jugend e.V. (WJ): Verboten seit Nov. 1994

Deutsche Alternative (DA): Verboten seit Dez. 1992

Nationale Offensive (NO): Verboten seit Dez. 1992

Nationalistische Front: Verboten seit Nov. 1992

Quelle: Verfassungsschutz

985 **6. Altersstruktur und Bildung rechtsextremer Straftäter**

Altersstruktur der Täter (in %)

unter 15 Jahre: 3,3 Prozent

15-17 J.: 32,9 Prozent

18-20 J. 39,1 Prozent

990 21-24 J.: 16,3 Prozent

25+: 8,3 Prozent

Bildungsabschluß der Täter (in %)

kein Abschluß: 12,2 Prozent

Sonderschule: 4,0 Prozent

995 Hauptschule: 62,3 Prozent

mittlere Reife: 20,1 Prozent

Abitur: 1,4 Prozent

Hochschule: 0,1 Prozent

Quelle: Focus/ Universität Trier

1000 **Gegen Rechts - Linkliste**

Die folgende Linkliste ist auf 15 Websites konzentriert. Diese Sites verfügen selbst wiederum über umfassende Linklisten. Genaueres entnehmen Sie der Kommentierung der Seiten. Alle Links sind extern und gehören nicht zum Webangebot des WDR.

1005 **Staatliche Einrichtungen**

*** Bundesamt für Verfassungsschutz (http://www.verfassungsschutz.de)**

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht als pdf-Datei zum Downloaden. Außerdem zusätzliche Infos und Daten über Rechtsextremismus, auch im Internet. Aktuell: Aktion "Geh Rechtsextremisten nicht ins Netz!" mit Linklist.

1010 *** Landesamt für Verfassungsschutz (http://www.verfassungsschutz.nrw.de)**

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht für Nordrhein-Westfalen als pdf-Datei zum Downloaden. Außerdem die Aktion "NRW gegen rechts", in dem nordrhein-westfälische Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sich und ihre Aktivitäten präsentieren können. Angesprochen sind neben großen landes- und bundesweit agierenden Initiativen auch lokale Projekte in Schulen, Sportvereinen, Firmen, in der betrieblichen Ausbildung oder in der Jugendarbeit. Weiteres Infomaterial zum Lesen oder Downloaden; Linkliste.

*** Bundesministerium des Inneren (http://www.bmi.bund.de)**

1025 Informiert über Aktivitäten und Positionen der Bundesregierung zum Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Umfassende Linkliste über Initiativen gegen Rechts.

*** Bundeszentrale für politische Bildung (http://www.bpb.de)**

Hier lassen sich kostenlos Hefte über Rechtsextremismus ordern. Außerdem kommentierte Linkliste.

1030 **Organisationen und Vereine**

*** Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung D.I.R. e.V. (http://www.uni-marburg.de/dir/welcome.html)**

1035 Der Verein, angesiedelt bei der Universität Marburg, bietet auf der Seite Zahlen und Statistiken zum Thema Rassismus an. Per Suchmaschine kann der Besucher Artikel und Beiträge aus Zeitungen und Fachzeitschriften finden. Dazu Linkliste und Terminkalender zu Veranstaltungen zum Thema Rassismus. Aktuelle Infos per Mailinglist.

1040

*** Initiative Dialog (http://www.nazis.de)**

Die Initiative Dialog hat sich zahlreiche Domains mit einschlägigen Namen wie eben www.nazis.de oder www.jude.de gesichert. Anders als die Namen vermuten lassen, sind dies keine Treffpunkte für Neonazis. www.nazis.de gibt zahlreiche Informationen zur aktuellen Diskussion um Rechtsextremismus, u.a. zum NPD-Verbot. Die Seite bietet auch Diskussionsforen zu rechten Themen an. Auch Fragen an die Redaktion werden kompetent beantwortet, z.B. warum Hitlers "Mein Kampf" verboten ist.

*** Anti-Rassismus Informations-Centrum e.V. (http://www.aric.de/aricnrw.htm)**

1055 Bei ARIC-NRW werden Informationen und Materialien über Rassismus und Diskriminierung dokumentiert und auf Anfrage zur Verfügung gestellt. Broschüren, Bücher und Aktionsmaterialien werden verkauft. Info-Site über ARIC.

*** Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. (http://www.gegen-vergessen.de)**

1060 Die Homepage informiert über die Aktivitäten des Berliner Vereins. Literaturtipps und aktuelle Forschung. Umfangreiche Linkliste zu historischen Gedenkstätten.

*** Opferperspektive e.V. Brandenburg (http://www.opferperspektive.de)**

1065 Eine der wenigen Organisationen, die Opfern direkte Hilfe anbietet. Die Opferperspektive spricht nicht nur über die Täter, sondern auch mit den Opfern. Sie unterstützt Opfer rechtsextremer Gewalt dabei, Perspektiven für die Zeit nach dem Angriff zu entwickeln. Linklist, vor allem mit Initiativen im Osten.

1070 *** Amadeu-Antonio-Stiftung Berlin (http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/webantonio/seiten/antoniohome.html)**

1075 Ziel der Stiftung ist es, zunehmenden antidemokratischen Tendenzen wie Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken. Die Stiftung fördert entsprechende Initiativen und Projekte. Interessant für engagierte Leute, die einen Geldgeber suchen.

Wissenschaft und Forschung

*** Virtual Library Geschichte Drittes Reich (http://www.hco.hagen.de/history)**

1080 Die Sektion "Drittes Reich und Zweiter Weltkrieg" des WWW-Virtual Library gibt eine qualifizierte und kommentierte Auswahl von seriösen Datenquellen und Angeboten zum Dritten Reich im Internet. Das WWW-Virtual Library ist der älteste geschichtswissenschaftliche Katalog im Internet.

1085 *** Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in NRW (IDA NRW) (http://www.lkj-nrw.de/idanrw.htm)**

1090 Die IDA sammelt Informationen und Untersuchungen über rechtsextremistische Gewalttaten und Fremdenfeindlichkeit. Die IDA arbeitet das Material auf und gibt es gezielt an die Jugendarbeit in NRW weiter. Ziel von IDA ist es, besonders Jugendliche für Rassismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu sensibilisieren. Auf der Homepage gibts die Kontaktadresse.

1095 *** MenschenRechtsZentrum der Universität Potsdam (http://enterprise.rz.uni-potsdam.de/u/mrz/index.htm)**

Alles zum Thema Menschenrechte. Publikationen usw., außerdem Erläuterungen zum Menschenrechtsschutz der UN und des Europarats.

1100 *** Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin (http://www.tu-berlin.de/~zfa)**

Das Zentrum beobachtet aktuelle Entwicklungen und begleitet diese wissenschaftlich. Zugriff auf Bibliothek und Archiv zum Thema Antisemitismus. Liste der Publikationen des Zentrums.

1105 *** Gesellschaft für politische Aufklärung Innsbruck/Wien (http://gfpa.uibk.ac.at/)**

Umfassende Informationen über Publikationen, Rezensionen, aktuelle Hinweise auf Fernseh- und Radiosendungen zu Rechtsextremismus in Österreich. Umfangreiche Linkliste mit europäischen Sites.